



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Britta Röschmann
Telefon:	02104/99-2162
Fax:	02104-99/5173
E-Mail:	britta.roeschmann@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 17.09.2019

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 16.09.2019, 15:02 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Elke Thiele

Mitglieder

Eleonore Altvater

Ina Besche-Krastl

Torsten Cleve

Wolfgang Diedrich

Vincent Endereß

(bis 16:35 Uhr)

Sandra Ernst

Michael Esser

Bernd Falkenau

Karl-Heinz Göbel

Martina Hannewald

Max Kompalik

Ilona Kuchler

Reinhard Ockel

Dr. Anna-Tina Pannes

Renate Petschull

Sybille Schettgen

Bernd Tondorf

Verwaltung

Ammar Abukhater

Frank Albers

Marion Bayan

Frank Buchholz

Annette Geißler
Sabine Haase
Ulrike Hellmich
Geertje Jeschke
Martin Klemmer
Jessie Paczulla
Martin M. Richter
Anke Rodewald
Armin Römer
Britta Röschmann
Thomas Tauscher

Gäste

Annette Herz (bis 16:55 Uhr)
Cornelia Hilden (bis 16:55 Uhr)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.05.2019
3. Informationen der Verwaltung
4. Bericht zur Sozialen Wohnraumförderung 20/037/2019
5. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv
6. Untersuchung Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation des Jobcenters ME-aktiv 50/014/2019
7. Sachstand Weiterentwicklung Gewaltschutzkonzept 50/017/2019
8. SGB V - Einsparung von Krankenhilfaufwendungen für den Kreis Mettmann - aktueller Sachstandsbericht 50/012/2019
9. Zusammensetzung der Kosten von stationären Einrichtungen und deren Entwicklung 50/016/2019
10. Vorstellung und aktuelle Entwicklungen Handlungskonzept NRWeltoffen 50/015/2019

11. Sachstandsbericht des Sozialamtes
11.1 Kosten der Unterkunft - Erstellung eines "schlüssigen Konzeptes"
11.2 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)
11.3 Pilotprojekt Energieberatung im Rechtskreis SGB II in Monheim am Rhein
11.4 Landesinitiative zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen
11.5 Gesetz zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung / Zuschüsse für Betreuungsvereine

50/013/2019

12. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

13. Informationen der Verwaltung
14. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende KA Thiele eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Die Vorlage zu TOP 7 wurde am 06.09.2019 nachversendet. KA Stolz wird durch SB Petschull vertreten und KA Schreier durch KA Göbel. Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest. Ein Berichterstatter für den Kreistag ist nicht erforderlich.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.05.2019

Die Niederschrift der Sitzung vom 27.05.2019 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

1. Kommunale Konferenz Gesundheit, Alter und Pflege
Herr Richter informiert, dass die Kommunale Konferenz Gesundheit, Alter und Pflege (GAP) ein positives Votum zur Erweiterung des Mitgliederkreises getroffen hat. Herr Bodo Keissner-Hesse soll zukünftig als Vertreter der Bildungsakademie für Gesundheits- und Sozialberufe des Kreises Mettmann GmbH dauerhaft als Teilnehmer berufen werden. Derzeit wird eine Beschlussfassung in Kreisausschuss und Kreistag vorbereitet.
Die GAP im November wird ersatzlos ausfallen.

2. Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit – Gemeinsam klappt’s“
Herr Richter informiert über die Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit – Gemeinsam klappt’s“ des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration. Zielgruppe sind Geduldete zwischen 18 und 27 Jahren. Alle zehn kreisangehörigen Städte haben sich der Initiative angeschlossen, die vom Kreisintegrationszentrum Mettmann zentral abgewickelt und koordiniert wird.
Das Fördervolumen beträgt 50 Mio. € für ganz NRW verteilt auf drei Jahre. Davon werden 5 Mio. € für einen Innovationsfonds bereitgestellt. Der Innovationsfonds beinhaltet die Förderung von innovativen und modellhaften Projektideen zur Integration in Ausbildung und Arbeit.

Fünf weitere Förderbausteine sollen der Verbesserung des Spracherwerbs, dem Nachholen eines Schulabschlusses sowie dem Eintritt in eine Ausbildung oder Arbeit dienen. Zunächst wird der Baustein „Teilhabemanagement“ umgesetzt, der die Bereitstellung von 3,5 sozialpädagogischen Stellen für den Kreis Mettmann beinhaltet. Hierfür beträgt der Eigenanteil 20 %. Die Mittel sind bisher nicht etatisiert. Ein entsprechender Änderungsantrag der Verwaltung zum Haushalt wird vorgelegt. Die Richtlinie für die übrigen Bausteine wird für Ende September erwartet.

Zu Punkt 4: Bericht zur Sozialen Wohnraumförderung - Vorlage Nr. 20/037/2019

Herr Richter erläutert die Vorlage. Die Vorlage berücksichtigt nur die tatsächlich durch die Kämmerei bearbeiteten Förderanträge, freifinanzierte Wohnungen werden hier nicht erfasst.

Zu den im Bericht erwähnten vorliegenden Anträgen auf Förderung von 50 Mietwohnungen mit einem Volumen von etwa 6,7 Mio. EUR werden noch drei weitere Anträge auf Förderung von 96 Mietwohnungen mit einem Fördervolumen von etwa 13,4 Mio. EUR erwartet, für die aus heutiger Sicht noch in diesem Jahr eine Förderzusage ausgesprochen werden kann. Damit würde das dem Kreis Mettmann in diesem Jahr für die Förderung von Mietwohnungen zur Verfügung gestellte Mittelkontingent voll ausgeschöpft.

Von den für die Förderung von selbst genutztem Wohneigentum und der Förderung der Modernisierung (insgesamt 9 Mio. EUR) zur Verfügung stehenden Kontingenten werden bereits jetzt mehr als 50 % abgerufen.

Zur Auftragslage aus den letzten Haushaltsberatungen hinsichtlich der Ausgestaltung des sozialen Wohnungsbaus im Kreisgebiet erklärt Herr Richter, dass der Kreis Mettmann einen Workshop begleitet durch eine Fachfirma durchgeführt hat. Inhaltlich wurden alle Raumbezüge in den kreisangehörigen Städten aufgegriffen und diskutiert. Ein Schwerpunktthema stellte hierbei das kommunale Planungsrecht dar. In einem nächsten Schritt soll eine Datenzusammenstellung der Veranstaltung Raumperspektive erfolgen.

Die Verfügbarkeit von Bauland ist in den Städten sehr unterschiedlich. Besonders in Hilden ist die Baulandfrage prekär, da hier nur wenig Bauland verfügbar ist. Es findet zudem ein Verdrängungswettbewerb statt. Beispielsweise ziehen Menschen aus Düsseldorf in den Kreis Mettmann, um eine kostengünstigere Wohnung zu finden, da hier der Wohnraum noch etwas günstiger als in der angrenzenden Großstadt ist.

Aktuell beträgt der Wohnraumbedarf im Sozialen Wohnungsbau für eine Person 50 m². Jede weitere Person wird mit 15 m² berücksichtigt. Mehrbedarfe werden einzelfallbezogen berücksichtigt. Über den weiteren Sachstand wird informiert.

Anlage 1: Aufschlüsselung der im Jahr 2018 geförderten Eigentumsmaßnahmen

Zu Punkt 5: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv - Datenblatt
--

Frau Herz informiert über den aktuellen Stand im JC auf der Grundlage des Datenblattes.

Auffällig ist vor allem, dass die durchschnittlichen KdU in Monheim dem Niveau der teuersten Stadt in NRW entsprechen (Köln und Monheim je 532 €). Auf Nachfrage erläutert Frau Herz, dass dem Jobcenter bekannt ist, dass der Wohnungsbestand im Berliner Viertel derzeit aufwändig saniert wird.

KA Ockel weist darauf hin, dass ein Vertreter der LEG Wohnen GmbH über die Modernisierungsmaßnahmen im Berliner Viertel im Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung der Stadt Monheim am Rhein in der Sitzung am 04.06.2019 berichtet hat.

Nachtrag zum Protokoll: Nach Versand des Datenblattes an die Kreisverwaltung fiel auf, dass auf Seite 4 drei Angaben „Entwicklung zum Vorjahr“ unten auf den grünen Säulen verrutscht sind. Diese Seite wird zum Protokoll korrigiert vorgelegt (Anlage 2). Zur Folie „Entwicklungen im Vergleich der nächsten Nachbarn VT IId“ in dem rechten Lineardiagramm gab es eine Nachfrage. Zur Erläuterung wird auf die Anlage 3 zum Protokoll verwiesen, die Frau Herz im Nachgang zur Sitzung vorgelegt hat.

Frau Herz wird gebeten, für den nächsten Sozialausschuss die Anzahl, Entwicklung und das Ergebnis differenziert nach ärztlichen und psychologischen Befunden von Gutachten zur Überprüfung der Erwerbsfähigkeit von Leistungsberechtigten zu eruieren. Frau Herz sichert zu, die Auswertungsmöglichkeiten hierzu in Erfahrung zu bringen.

Frau Herz berichtet, dass Minijobs gerade für Frauen mit Kindern einen niederschweligen Einstieg in den Arbeitsmarkt darstellen können. Langfristiges Ziel ist die Aufnahme eines sozialversicherungspflichtigen Teilzeitjobs.

Teilhabechancengesetz:

Frau Hilden berichtet als Projektleitung aus dem Projektteam Teilhabechancengesetz. Das Projektteam wurde vor fast einem Jahr gegründet und ist erfolgreich gestartet.

Die Kunden nehmen nach einer Prüfung der leistungsrechtlichen Voraussetzungen freiwillig am Projekt teil. Aktuell konnten 138 Arbeitsverhältnisse begründet werden. Die Abbruchzahl liegt derzeit bei drei bis vier Personen. 40 % der bisher abgeschlossenen Arbeitsverträge sind unbefristet. Zwei Drittel der Teilnehmer arbeiten in Vollzeit.

Zwei Drittel der Teilhabechancenstellen konnten in der freien Wirtschaft generiert werden. Weitere 46 Stellen hat die Trägerlandschaft bereitgestellt. Bei einer Kommune wurde bisher eine Teilhabchancenstelle besetzt. Die Besetzung einer weiteren Stelle erfolgt in Kürze.

Im Bereich des §16 e SGB II liegt das Ziel bei 100 Eintritten in diesem Jahr. Aktuell umgesetzt wurden drei Eintritte bei Kommunen, zwei in der Trägerlandschaft und 47 in der freien Wirtschaft. Aktuell sind 120 freie Stellen verteilt auf alle drei Bereiche gemeldet.

Um die Abbruchzahlen weiterhin gering zu halten, findet ein intensiver Matchingprozess statt.

Frau Herz appelliert an die Mitglieder des Sozialausschusses, Langzeitarbeitslose im Kontext des Teilhabechancengesetzes dadurch zu unterstützen, dass bei potentiellen Arbeitgebern – auch aus dem kommunalen Bereich – für die Einrichtung von Stellen geworben wird. Arbeitgeber, die Teilnehmer aufnehmen können, können sich direkt an das Projektteam wenden: jobcenter-ME-aktiv.MitArbeit@jobcenter-ge.de.

Zu Punkt 6:	Untersuchung Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation des Jobcenters ME-aktiv - Vorlage Nr. 50/014/2019
--------------------	--

Frau Herz erläutert die Vorlage.

Eine Zusammenlegung von zehn auf fünf Geschäftsstellen war notwendig, da aufgrund der geringen Größe einiger Geschäftsstellen diese operativ schwer zu steuern waren. Frau Herz stellt die Ausgangslage dar und erläutert das Vorgehen der Internen Beratung als beauftragter externer Dienstleister. Sie erläutert den Prozess, die Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit, die Führung und externe Schnittstellen und stellt die Handlungsempfehlungen vor. Das Fazit zeigt, dass viele Prozesse aktuell in der Umsetzung sind. Bei drei Zielen kann die Zielerreichung nicht gemessen werden. Das Ziel „Leichter Zugang der Rechtskreiswechsler, gemeinsame Informationsveranstaltungen und individueller Austausch“ wurde bereits umgesetzt.

Zu Punkt 7: Sachstand Weiterentwicklung Gewaltschutzkonzept - Vorlage Nr. 50/017/2019
--

Frau Jeschke erläutert die Vorlage.

Die Mitglieder des Lenkungskreises haben sich in den letzten Monaten intensiv damit auseinandergesetzt, welche Hilfestellungen für Opfer und für Täterinnen und Täter häuslicher Gewalt es derzeit im Kreis Mettmann gibt, ob inhaltliche oder örtliche Versorgungslücken bestehen, wie ausgeprägt die Vernetzung der einzelnen Beteiligten ist und auch, ob Prävention und Öffentlichkeitsarbeit ausreichend ausgebildet sind. Der Lenkungskreis hat diese Fragestellungen strukturiert aufgegriffen und verschiedene Unterarbeitsgruppen haben sich in den vergangenen Monaten vertieft einzelnen Themen gewidmet. Zu diesen Unterarbeitsgruppen wurden auch spezialisierte Fachkräfte hinzugezogen.

Die in den Unterarbeitsgruppen erarbeiteten Ergebnisse wurden dann vom Lenkungskreis gebündelt, zusammengefasst und aus dem Blickwinkel der am 01.02.2018 in Kraft getretenen Istanbul-Konvention beleuchtet. Übergeordnete Themen, wie z.B. die Struktur des Runden Tisches, wurden direkt im Lenkungskreis diskutiert. Den Mitgliedern des Lenkungskreises ist es wichtig, das Gewaltschutzkonzept übersichtlich und klar zu gestalten. Dies bedeutet z.B., dass ausführliche Gesetzestexte oder auch Konzepte einzelner Beratungsstellen im Anhang zu finden sein werden. Dadurch wird die Lesbarkeit des Gewaltschutzkonzeptes deutlich erhöht werden und es ist außerdem möglich, später einzelne Teile des Gewaltschutzkonzeptes für die Arbeit mit Betroffenen zu verwenden. Dies ist beispielsweise möglich, indem Flyer erstellt werden, die einen Überblick über die Hilfsangebote geben.

Der Lenkungskreis des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt lädt die Mitglieder des Sozialausschusses zu einem Austausch über den aktuellen Entwurf des Gewaltschutzkonzeptes am 30.09.2019 um 15:00 Uhr ein. Herr Richter informiert, dass die Kreisausschusssitzung durch Herrn Landrat Hendele vorverlegt wurde, sodass diese Termine miteinander kollidieren.

In der Sitzung des Sozialausschusses vom 22.11.2018 wurde seitens der Verwaltung zugesagt, dass der Runde Tisch gegen häusliche Gewalt die Thematiken „Frauenhaus“ und „Wohnprojekte außerhalb des Frauenhauses“ noch einmal eingehend erörtert und hierzu einen Vorschlag für den Sozialausschuss entwickelt (siehe Vorlage Nr. 20/035/2018).

Der Lenkungskreis des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt hat daher intensiv die Frage diskutiert, welche strukturellen Probleme rund um das Frauenhaus im Kreis Mettmann bestehen und wie diese bedarfsorientiert behoben werden können. Nach eingehender Beratung hat der Lenkungskreis beschlossen, die Richtlinien des Sonderfonds „Zuschüsse für Frauen in Konfliktsituationen“ vom 01.04.1991 zu modifizieren sowie den Bedarf weiterer Wohnprojekten für Frauen nach Gewalterfahrungen des SKFM Mettmann und des SKF Ratingen zu eruieren. Weitere Einzelheiten hierzu sind der entsprechenden Vorlage zu entnehmen.

Die Sitzung wird für einen Redebeitrag von Frau Löffler unterbrochen (17:10 Uhr).
Die Sitzung wird wieder aufgenommen (17:14 Uhr).

Nachtrag zum Protokoll:

Frau Löffler informiert, dass Maßnahmen, die für den Sonderfonds vorgesehen sind, aktuell durch Spenden finanziert werden. Hotelübernachtungen sind nur Zwischenlösungen (in der Regel maximal eine Nacht). Im Kreis Mettmann ist die Interventionsstelle dem Frauenhaus vorgeschaltet. Wenn eine drohende Situation naht, kann dies in der Interventionsstelle frühzeitig erkannt werden und die Frau adäquat untergebracht werden. Ein Aufenthalt im Frauenhaus ist nicht immer notwendig.

Zu Punkt 8: SGB V - Einsparung von Krankenhilfearwendungen für den Kreis Mettmann - aktueller Sachstandsbericht - Vorlage Nr. 50/012/2019
--

Herr Richter erläutert die Vorlage.

Zu Punkt 9:	Zusammensetzung der Kosten von stationären Einrichtungen und deren Entwicklung - Vorlage Nr. 50/016/2019
--------------------	---

Herr Richter erläutert die Vorlage.

Zu Punkt 10:	Vorstellung und aktuelle Entwicklungen Handlungskonzept NRWoffen - Vorlage Nr. 50/015/2019
---------------------	---

Frau Paczulla stellt die Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen des Projektes NRWoffen anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt. Es wird festgestellt, dass aktuell keine Schule aus Haan und Wülfrath am Projekt „Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage“ (SOR) teilnimmt. Frau Paczulla informiert, dass die Hemmschwelle hoch sein kann. Eine titeltragende Schule muss einmal pro Jahr ein Projekt zum Thema Rassismus durchführen. Die Hemmschwelle soll durch fachliche Unterstützung der Regionalkoordinatorinnen reduziert werden. Am 19.09.2019 findet ein erstes Austauschtreffen der SOR-Schulen statt. Dazu wurden neben Lehrer und Sozialpädagogen auch Schülervertretungen eingeladen. Anmeldungen sind auch von Vertretern einer Wülfrather Schule eingegangen.

Zu Punkt 11:	Sachstandsbericht des Sozialamtes 11.1 Kosten der Unterkunft - Erstellung eines "schlüssigen Konzeptes" 11.2 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) 11.3 Pilotprojekt Energieberatung im Rechtskreis SGB II in Monheim am Rhein 11.4 Landesinitiative zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen 11.5 Gesetz zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung / Zuschüsse für Betreuungsvereine - Vorlage Nr. 50/013/2019
---------------------	--

Herr Richter erläutert die Vorlage.

TOP 11.2: Ein Film über das Bundesteilhabegesetz kann hier abgerufen werden:
https://www.lvr.de/de/nav_main/soziales_1/berdasdezernat/bthg_fragen_und_antworten/trennung_der_leistungen/inhaltsseite_191.jsp#section-2368886

Anschreiben und Antrag werden dem Protokoll als Anlage 4 und 5 beigefügt.

TOP 11.4: Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales informierte, dass die Anzahl der Wohnungslosen im Kreis Mettmann im Landesvergleich außerordentlich hoch sei. Das Land NRW startet daher eine Landesinitiative, mit welcher drei VZÄ an „Kümmerern“ zur Verfügung gestellt werden. Im Kreis Mettmann gibt es vier Träger der Wohnungslosenhilfe. Die drei Stellen werden auf die vier Träger aufgeteilt. Für die Antragstellung wurde ein Konzept erarbeitet, welches ein positives Votum des Ministeriums erhielt. Der Zuwendungsbescheid steht noch aus.

TOP 11.5: Die Betreuungsstelle des Kreises Mettmann ist für die Betreuungsfälle aus acht der zehn kreisangehörigen Städte zuständig. In diesen acht Städten werden insgesamt ca. 4.500 Personen betreut. In Ratingen und Velbert sind die jeweiligen Stadtverwaltungen zuständig, daher sind für diese Städte keine Zahlen vorhanden.

Zu Punkt 12:	Nachträge
---------------------	------------------

Es liegen keine öffentlichen Nachträge vor.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:32 Uhr

gez.
Elke Thiele

gez.
Britta Röschmann